

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

der barsche Rauswurf von Norbert Röttgen durch die Kanzlerin zeigt, wie angespannt die Stimmung in der Koalition ist. Die Menschen spüren, dass die Zeit von Schwarz-Gelb abläuft. Die SPD bereitet sich auf die Regierungsverantwortung vor. Dazu gehört auch die Entscheidung über den Fiskalpakt. Für uns ist klar, dass zu dieser Schuldenbremse auch ein Wachstumspakt für die Krisenstaaten gehört. Allein durch Wachstum werden Schulden nachhaltig bekämpft. Einen armen Staat können sich nur die Reichen leisten.

Die Nominierung Peter Altmaiers zum Bundesumweltminister zeigt, wie dünn die Personaldecke der Kanzlerin geworden ist, denn Altmeier war einerseits ein allseits respektierter Fraktionsmanager bei der CDU. Andererseits hatte er mit dem Thema Energiewende bis dato nicht allzu viel zu tun. Wir werden kritisch beobachten, ob er diesen Aufgaben gewachsen ist.

Fraktionsübergreifend haben wir in dieser Woche eine Änderung des Transplantationsgesetzes beschlossen, die darauf abzielt, mehr Menschen dazu zu bringen, einen Organspendeausweis auszufüllen und ihn bei sich zu tragen. Wir Abgeordnete haben dazu bei einem Fototermin unsere Organspendeausweise gezeigt, um als Vorbilder für mehr Bereitschaft unter den Menschen zu werben, als Organspender zu fungieren. Unsere Einigung mit den Fraktionen CDU/CSU, FDP und den Grünen ist ein starkes Signal für die Förderung der Organspende.

Eines der großen Themen war die Vorstellung eines Thesenpapiers zum Urheberrecht. Der Konflikt um das Urheberrecht im Internet spitzt sich zu. Die Sprache wird unversöhnlicher, und der Streit wird militanter. Der Kulturkampf aber führt in die Sackgasse. Die SPD-Fraktion will darum mit ihren zwölf Thesen einen Dialog zwischen Nutzern, Urhebern und Verwertern aufbauen, an dessen Ende ein zeitgemäßes und faires Urheberrecht steht.

In diesem Newsletter findest du auch ein spannendes Interview mit Martin Gerster, unserem sportpolitischen Sprecher, der sich zu den Ausschreitungen bei Fußballspielen äußert und auch zu der Frage, ob Pyrotechnik verboten bleiben soll. Natürlich geht es darin auch um die Lage in der Ukraine, so kurz vor der EM.

Ich wünsche allen ein frohes Pfingstfest und sende

herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL,
JOHANNA TIGGES
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 25.05.2012 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02	SPD-Fraktion fordert Wachstumsimpulse für Europa	11	Interview mit Martin Gerster zu Fußballkrawallen
03	Durch Entscheidungslösung mehr Organspender gewinnen	14	SPD-Maßnahmenkatalog gegen Fachkräftemangel
04	Austausch des Umweltministers bringt keine Energiewende	15	Öffentliche Private Partnerschaften weiterentwickeln
06	Klarstellung: Keine Debatte über Eurobonds	16	Transatlantische Partnerschaft stärken
07	Gemeinsames Papier zu Wachstum in Europa	17	Myanmar demokratisch unterstützen
09	Kreativpakt statt Kulturkampf	18	Initiativen gegen Rechts in der Gastwirtschaft
11	Rechtsschutz bei Bundestagswahlen verbessern	19	Tourismus in ländlichen Regionen stärken
		20	Keine Hermesbürgschaft für AKW Angra 3

FRAKTION

Steinmeier fordert Maßnahmen für Wachstum in Europa

Am Donnerstag hat sich Kanzlerin Merkel erstmals mit den Fraktions- und Parteivorsitzenden getroffen, um über die anstehenden Entscheidungen zum Fiskalpakt zu sprechen. Die schwarz-gelbe Koalition ist beim Fiskalpakt auf die Zustimmung der SPD im Bundestag angewiesen. Die Sozialdemokraten sagen: Der Fiskalpakt muss um einen Wachstumspakt ergänzt werden, um die Krise zu überwinden. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier erläuterte am Dienstag vor der Presse, welche konkreten Maßnahmen die SPD fordert.

„Konsolidierung wird nicht ohne Sparen zu erreichen sein – aber es wird auch nicht ausschließlich mit Einsparungen hinzukriegen sein“, sagte Steinmeier mit Blick auf die Erfahrungen in Deutschland bei der Überwindung der Krise 2008/09. Deshalb müsse es über „Lippenbekenntnisse“ hinausgehen, wenn beim bevorstehenden EU-Sondergipfel über die wirtschaftliche Situation in Europa beraten werde.

Man dürfe nicht „in den europäischen Beschlüssen auf alles verzichten, was Wachstum in Gang hält und fördert“, so Steinmeier. Notwendig sei daher so etwas wie ein Investitions- und Aufbaufonds. „Das alles braucht eine solide Finanzierung – und der Rückweg in Neuverschuldung muss ausgeschlossen bleiben“, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende. Das notwendige Geld müsse daher aus der Besteuerung der Finanzmärkte kommen.

Steinmeier machte deutlich, dass er vom Gespräch der Partei- und Fraktionsvorsitzenden über das weitere Vorgehen beim Fiskalpakt und beim dauerhaften Rettungsmechanismus ESM im Parlament noch keine Einigung erwartet. Dies sei lediglich ein erstes Treffen, auf dem die Opposition ihre Forderungen klarmachen wolle.

GESUNDHEIT

Durch Entscheidungslösung mehr Organspender gewinnen

Rund 1000 Menschen sterben pro Jahr, weil kein geeignetes Spenderorgan für sie gefunden werden kann. 12.000 Menschen warten dringend auf eine Organtransplantation. Auch wenn viele Menschen in Umfragen ihre Bereitschaft zur Organspende erklären, klafft eine große Lücke zwischen denen, die grundsätzlich bereit sind, zu spenden und denen, die ihre Bereitschaft auf einem Organspendeausweis dokumentieren. Um diese Lücke zu schließen hat der Bundestag am 25. Mai 2012 fraktionsübergreifend eine Änderung des Transplantationsgesetzes (Drs. 17/9030, 17/9774, 17/7376, 17/9773) beschlossen, die darauf abzielt, mehr Menschen dazu zu bringen, einen Organspendeausweis auszufüllen und ihn bei sich zu tragen.

Ziel der Gesetzlichen Regelung: Möglichst vielen Menschen helfen

Es sei eine Frage der Verantwortung, der Mildtätigkeit und der Solidarität, dass die vorgelegten Gesetzentwürfe vom Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen würden, sagte der SPD-Fraktionschef, Frank-Walter Steinmeier, in der Debatte zur 2./3. Lesung zur Änderung des Transplantationsgesetzes. Viele hätten intensiv daran mitgearbeitet, sowohl im Parlament als auch von außen. Ihnen allen dankte Steinmeier. Das Ziel sei, Hilfe zu organisieren für Todkranke, die ohne Organspende nicht überleben könnten. Recht und Gesetz könnten Zweifel ausräumen und eine Richtung geben. Steinmeier erinnerte in seiner Rede daran, dass mit dem Transplantationsgesetz vor 15 Jahren auch fraktionsübergreifend ein erster wichtiger Schritt beschlossen wurde. Die jetzt vorliegenden Gesetzentwürfe der Regierung und des Parlaments bildeten laut Steinmeier eine gute Grundlage, dass möglichst vielen Menschen geholfen werden könne.

Situation von Lebendspendern deutlich verbessert

Entscheidend sei für ihn eine Verbesserung, über die die Medien weniger berichteten, nämlich die verpflichtende Bestellung von Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern. Ebenso betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende, dass es wichtig war, dass für die Lebendspender Lösungen gefunden wurden, die ihre Situation deutlich verbesserten. Er selbst habe viele Briefe erhalten, in denen Lebendspender darüber klagten, dass ihre Krankenkassen und Arbeitgeber sie im Regen stehen gelassen haben.

Auf der Suche nach einer gesetzlichen Regelung, mit der erreicht werden solle, mehr Menschen dazu zu bringen, ihre Organspendebereitschaft zu dokumentieren, hätten sich die Fraktionen auf die Entscheidungslösung geeinigt. Es habe sich immer wieder gezeigt, dass die Menschen, die grundsätzlich bereit seien, Organe zu spenden, nicht handelten, wenn es konkret darum gehe, die Bereitschaft festzuhalten. „Wir wollen den Menschen auf die Pelle rücken,“ sagte Steinmeier. Mit den Gesetzbeschlüssen nehme der Bundestag seine Aufgabe wahr, die Menschen dazu anzuhalten, sich mit der Frage der Organspendebereitschaft auseinander zu setzen und eine Entscheidung zu treffen. Die Krankenkassen würden sich nun darum kümmern, dass „die Organspendeausweise zu den Menschen kommen“, damit sie möglichst ihre Bereitschaft dokumentieren. Dies sei eine „Serviceleistung, keiner wird gezwungen,“ stellte Steinmeier klar.

„Es gibt kein Recht, in Ruhe gelassen zu werden“

Die Debatte darüber, ob der Staat, die Menschen bedrängen dürfe, liefe an der Sache vorbei. Im Kern gehe es um die Abwägung zwischen den Interessen derjenigen, die vom Staat in Ruhe gelassen werden wollten und den Interessen der Kranken, die eine Organspende bräuchten, zu treffen. „Es gibt kein Recht, in Ruhe gelassen zu werden,“ sagte der SPD-Fraktionschef. Es sollten nicht alle zu Organspendern gemacht werden, es gehe darum, die Menschen

aufzufordern, sich der Frage zu stellen. Wer darauf eine Antwort finde, entbinde auch die Angehörigen nach dem Tod davon, über eine mögliche Spende entscheiden zu müssen. Es sei eine Frage der Verantwortung, die „nicht über den Tod hinaus verschoben werden kann,“ erklärte Steinmeier.

Konkrete Maßnahmen des Gesetzes:

Die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen schreiben ihre Versicherten im ersten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes an. Danach erfolgt dies alle zwei Jahre und mit Einführung der elektronischen Gesundheitskarte alle fünf Jahre. Einen Zwang zur Entscheidung gibt es nicht. Außerdem sollen die Krankenversicherungen über das Verhältnis der Organspendeerklärung zu einer Patientenverfügung informieren.

Die Bundesländer werden verpflichtet, bei der Ausgabe von Ausweisdokumenten Organspendeausweise und Aufklärungsmaterial bereit zu halten. Im Bereich der Bundesbehörden muss vor allem die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung über Organ- und Gewebespenden informieren. Dafür werden die notwendigen Mittel bereitgestellt. Von 2016 an soll es voraussichtlich möglich sein, die Organspendebereitschaft auf Wunsch der Versicherten auf der elektronischen Gesundheitskarte festzuhalten.

Transplantationsbeauftragte in den Krankenhäusern

Im Gesetzentwurf der Regierung werden technisch-organisatorische Fragen der Organspende geregelt. Das betrifft die Abläufe in Krankenhäusern, wie die verpflichtende Ernennung von Transplantationsbeauftragten, und die bessere Absicherung von Lebendspendern. Ihre Situation konnte im Gesetzgebungsverfahren noch deutlich verbessert werden. Das bedeutet, dass sie einen Krankengeldanspruch in Höhe ihres ausgefallenen Erwerbseinkommens erhalten. Dafür und für die fälligen Sozialversicherungsbeiträge soll künftig die Krankenkasse des Organempfängers aufkommen. Außerdem sollen Lebendspender einen Anspruch auf medizinische Behandlung, Rehabilitation und Fahrtkosten bekommen. Bei Folgeerkrankungen, die mit zeitlicher Verzögerung auftreten, soll die Krankenkasse des Spenders für die Behandlung zuständig sein. Auch in die Erarbeitung des Regierungsentwurfs war die SPD-Fraktion aktiv eingebunden und wird ihn mitgetragen.

Insgesamt ist mit diesem Kompromiss eine tragfähige Lösung gelungen, die als fraktionsübergreifende Einigung ein starkes Signal für die Förderung der Organspende ist.

UMWELT

Austausch des Umweltministers bringt keine Energiewende

Gut eine Woche nachdem Kanzlerin Angela Merkel Norbert Röttgen (CDU) als Umweltminister vor die Tür gesetzt hatte und zwei Tage nach der Ernennung seines Nachfolgers Peter Altmaier (CDU) fanden nach dessen Vereidigung am 24. Mai 2012 erneut Parlamentsdebatten zur verkorksten schwarz-gelben Energiepolitik statt.

Erst am 23. Mai 2012 hatte der so genannte Energiegipfel mit den Ministerpräsidenten der Länder im Kanzleramt unter Beteiligung des neuen Umweltministers Altmaier, des Wirtschaftsministers Philipp Rösler (FDP) und des Bau- und Verkehrsministers Peter Ramsauer (CSU) getagt. Als einziges Ergebnis dieses Treffens konnte danach die Einigung verkündet werden, dass sich diese „Chefrunde“ nun zwei mal im Jahr treffen werde. Man wolle sich dann

über das Erreichte und die Schwierigkeiten in der Umsetzung der Energiewende austauschen. Das ist äußerst mager.

Keine abgestimmte Strategie für Deutschland – aber 16 Energiewenden

Die Presseberichterstattung bescheinigte, dass sichtbar geworden sei: In Deutschland gebe es 16 Energiewenden in den Ländern, aber keine abgestimmte Strategie für Deutschland. Der Norden wolle die Windenergie ausbauen und den Strom in den Süden bringen. Der Süden will eigene Windräder und Solaranlagen aufstellen sowie Gaskraftwerke zur Überbrückung der wechselhaften Stromproduktion aus den erneuerbaren Energien errichten. Und damit ohne den Strom aus dem Norden auskommen. Jedes Land plant für sich und verfolgt eigene Interessen. Und Thüringen freue sich, dass durch das Land keine Stromtrassen führen müssten, wenn jeder sich selbst versorgt.

Immerhin hat Altmaier angekündigt, noch vor der parlamentarischen Sommerpause mit den Ländern die im Bundesrat gescheiterten Gesetze zur energetischen Gebäudesanierung und zur Solarförderung, die auch CDU-regierte Länder im Bundesrat abgelehnt hatten, auf den Weg zu bringen. Außerdem soll bis zum Jahresende ein verbindlicher Plan zum Ausbau der Stromnetze vorliegen.

Altmaier 2010: Laufzeitverlängerung sei „umweltfreundlichstes Energiekonzept“

Auf den neuen Umweltminister Altmaier kommt jede Menge Arbeit zu, denn Schwarz-Gelb hat in der Energiepolitik versagt. Dabei hat sich der Neue bisher in der Umweltpolitik nicht besonders hervor getan. Oder vielleicht doch? In der Debatte über die „Entlassung des Bundesumweltministers und Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung“ am 24. Mai erinnerten sowohl der SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber und der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Matthias Miersch, an die Rolle Altmaiers im Zusammenhang mit dem Beschluss der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. So warf ihm Miersch vor, die Laufzeitverlängerung als „umweltfreundlichstes Energiekonzept“ betitelt zu haben. Und Kelber bekräftigte, dass Altmaier im Umweltausschuss damals als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion den Beschluss der Laufzeitverlängerung „durchgeprügelt“ habe.

Kanzlerin muss Schlingerkurs in der Energiepolitik verantworten

Bundeskanzlerin Merkel will die Energiewende nun endlich zur Chefsache machen. Dabei hat sie die bisherige Energiepolitik von Schwarz-Gelb zu verantworten: Den Schlingerkurs, der mit der Abkehr vom Atomausstieg durch die Laufzeitverlängerung für AKW begann, sich mit dem Wiedereinstieg in den Atomausstieg nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima fortsetzte und in das Gerangel zwischen Umwelt- und Wirtschaftsminister mündete. Die Energiewende ist dabei auf der Strecke geblieben, denn die Regierung hat kein Konzept. Und die Kanzlerin hat trotz ihrer Richtlinienkompetenz dabei zugesehen. Mit dem Rausschmiss des Umweltministers hat sie nichts gewonnen. Matthias Miersch stellte dazu fest, dass sie eigentlich auch Wirtschaftsminister Rösler hätte entlassen müssen. Aber nun müsse die Kanzlerin endlich selbst handeln.

SPD-Antrag: Regierung soll mit den Ländern „Masterplan Energiewende“ vorlegen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag (Drs. 17/9729) in den Bundestag eingebracht, der am 25. Mai im Bundestag debattiert wurde. Darin fordert sie die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern einen „Masterplan Energiewende“ aufzustellen, anstatt sich in Einzelprojekten zu verlieren. Dieser soll alle Maßnahmen zur Förderung der Energieeinsparung und Energieeffizienz, für den Ausbau der erneuerbaren Energien, zum Ausbau der Übertragungsnetze und zur Schaffung von Speichermöglichkeiten und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit durch ergänzende hocheffiziente konventionelle Kraftwerke umfassen. Außerdem soll ein aussagekräftiges Monitoring zur Energiewende durchgeführt werden. Dadurch sollen Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und korrigiert werden können. Dazu gehört vor allem die Entwicklung der Energiepreise und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in den Blick zu nehmen.

Schwarz-Gelbes KWK-Gesetz reicht nicht aus, um Ziele zu erreichen

Bereits am 24. Mai hatte der Bundestag in 2./3. Lesung den Regierungsentwurf zur Änderung des Kraft-Wärmekopplungsgesetzes mit schwarz-gelber Mehrheit beschlossen. Dazu hatte die SPD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag (Drs. 17/9618) ins Parlament eingebracht. Die Regierung hat sich mit dem Gesetzentwurf viel Zeit gelassen und einige Vorschläge aus Anträgen der SPD-Fraktion aufgenommen. Doch mit der Gesetzesnovelle kann die Regierung nach Ansicht der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Ziel, bis 2020 einen 25-prozentigen KWK-Anteil an der Stromerzeugung zu erreichen, nicht umsetzen.

Denn der Gesetzentwurf schaffe nicht die nötigen Anreize zur Neuerrichtung und Modernisierung von KWK-Anlagen sowie zur Umrüstung konventioneller Kraftwerke zu KWK-Anlagen. Zudem verpasse die Regierung die Möglichkeit, KWK-Anlagen als Reservespeicher zu nutzen. Vor allem durch die Kombination aus Stromerzeugung und Wärmespeicher seien KWK-Anlagen geeignet, bei Bedarf im Stromnetz als zu oder abschaltbare Stromerzeuger eine stabilisierende Funktion in Ergänzung zu den wechselhaften Stromlieferungen aus erneuerbaren Energien wahrzunehmen. Eine Kernforderung im Entschließungsantrag der SPD-Fraktion ist, die Deckelung der maximalen Fördersumme für Wärme-/Kältenetze von 10 Millionen Euro je Projekt bzw. für Wärme-/Kältespeicher von 5 Millionen Euro je Projekt aufzuheben oder mindestens auf den doppelten Wert anzuheben.

Hintergrund: Ziele in der deutschen Energie- und Klimapolitik

- Bis 2020 sollen die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 sinken.
- Durch Energieeffizienz soll der Primärenergieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 50 Prozent gegenüber 2008 gesenkt werden.
- Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung soll bis 2050 80 Prozent betragen.

EUROPA

SPD-Fraktion führt keine Debatte über Eurobonds – Klarstellung im Deutschen Bundestag

Die SPD-Bundestagsfraktion wurde mehrfach von der schwarz-gelben Koalition bezichtigt, Eurobonds direkt einführen zu wollen, um damit Schulden zu vergemeinschaften. Das ist in jeder Hinsicht falsch.

Thomas Oppermann stellte gegenüber der Presse klar, dass die Sozialdemokraten im Bundestag „gegen eine unkontrollierte Vergemeinschaftung von Schulden“ sind. Vor allem die EZB dürfe dafür nicht missbraucht werden – was de facto durch die Bundesregierung geschehe.

Wichtig sei stattdessen, Staaten in die Lage zu versetzen, ihre Schulden von allein finanzieren zu können. Oppermann: „Wir stehen zur Haushaltskonsolidierung“. Die müsse, so der Parlamentarische Geschäftsführer, durch Einnahmeerhöhungen, etwa eine Finanztransaktionssteuer, gelingen. Durch reines Sparen, erklärte Oppermann, werde ein Staat arm. „Und einen armen Staat können sich nur die Reichen leisten“.

Eine Debatte über Eurobonds sei nicht grundsätzlich verkehrt. Für die SPD steht aber fest: Diese gemeinsam Staatsanleihen ergeben nur Sinn, wenn sie nicht isoliert eingeführt werden, sondern im Rahmen einer Wirtschafts- und Finanzregierung in Europa – die es nicht gibt.

Joachim Poß, stellvertretender Fraktionschef der SPD, sagt: Die finanzielle und ökonomische Stabilität des Euroraumes ist nach wie vor noch nicht gesichert. Dass in dieser Situation neben anderem auch über Eurobonds als einem Mittel zur Vermeidung von zukünftigen Finanzierungskrisen im Euroraum diskutiert wird, ist sehr nachvollziehbar.“ Diese Diskussion werde bei weitem nicht nur vom neuen französischen Staatspräsidenten geführt; auch Liberalkonservative wie der italienische Ministerpräsident Mario Monti, wie der Chef der Eurogruppe Jean-Claude Juncker, wie der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso forderten, über die Perspektive von Eurobonds nachzudenken.

Poß konstatiert: Eurobonds setzen unabdingbar eine strikte Haushaltsdisziplin der beteiligten Staaten voraus, die notfalls über die Europäische Gemeinschaft sicherzustellen ist. Eurobonds sind kein Instrument zu wieder ungezügelter öffentlicher Verschuldung.

Carsten Schneider, haushaltspolitischer Sprecher der SPD, fragte in einer Aktuellen Stunde im Plenum in Richtung Koalition: „Es gibt keine Pläne der SPD-Fraktion zu Eurobonds – was wollen Sie also?“ Um die einzuführen müsse vor allem das Grundgesetz geändert werden. Er wies darauf hin, dass es im EU-Parlament dagegen etliche Abgeordnete von FDP und Union gebe, die einen Fahrplan auch für Eurobonds fordern. Er zitierte auch den EU-Energiekommissar Günther Oettinger, der im Handelsblatt gesagte habe, man dürfe sich nicht komplett gegen Eurobonds positionieren.

Nicolette Kressl, finanzpolitische Sprecherin der SPD, sagte in ihrer letzten Rede im Bundestag. „Wer Verantwortung übernehmen will, muss ich mit den besten Möglichkeiten beschäftigen, wie Stabilität in Europa erreicht werden kann.“ Stattdessen werfe die schwarz-gelbe Koalition mit Nebelkerzen, um von ihrem innenpolitischen Versagen abzulenken.

SPD-Troika präsentiert gemeinsames Papier zu Wachstum in Europa

Vergangene Woche hat die Troika der SPD, Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück, ihre Forderungen für einen europäischen Wachstumspakt vorgestellt. Die wirtschaftlichen Folgen einer "einseitig auf Ausgabenkürzungen abzielenden Politik sind fatal. Europa droht, daran zu zerbrechen", heißt es in dem sechseitigen Papier, das die Troika vor der Bundespressekonferenz in Berlin präsentierte.

Europas Weg aus der Krise ist nur durch eine "Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft" zu erreichen, stellen Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück vor der Hauptstadtropole noch einmal klar: "Weniger spekulative und kurzfristig angelegte Wertschöpfung in Produktion und produktionsnahen Dienstleistungen, mit mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie in Infrastrukturen, die den Strukturwandel befördern."

In enger Abstimmung mit dem neuen französischen Präsidenten Francois Hollande zeigen SPD-Chef Sigmar Gabriel, Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück einen neuen Weg aus der Krise auf – für Wachstum und Beschäftigung in Europa.

Wenn nur gespart und nirgends investiert wird, brechen die Volkswirtschaften zusammen. Deshalb fordert die SPD, den Fiskalpakt um ein starkes Wachstums- und Investitionsprogramm

zu ergänzen. Als Voraussetzung für die Zustimmung der SPD zum Fiskalpakt nannten Steinmeier, Gabriel und Steinbrück:

- ein europäisches Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit sowie ein europäisches „Bündnis für Ausbildung und Arbeitsplätze“. Nicht abgerufene EU-Strukturfondsmittel sollen den Krisenländern kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.
- die Ausgabenpolitik der EU zu verändern. Anstatt mehr als 40 Prozent des EU-Haushalts für Agrarsubventionen auszugeben, plädiert die SPD dafür, stärker in Forschung, Entwicklung, gute Bildung und wettbewerbsfähige Industrien zu investieren. Zudem soll die Europäische Investitionsbank besser ausgestattet werden.
- eine entschlossene Regulierung und eine gerechte Besteuerung der Finanzmärkte. Denn: „Wir müssen die Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen, um zu Stabilität in Europa zurückzukehren“, heißt es in dem Papier der SPD-Spitze.
- eine striktere Haftung von Banken im Fall von Fehlspekulationen sowie eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken.
- eine europäische Bankenaufsicht, die dafür Sorge tragen soll, dass Banken tatsächlich der Realwirtschaft dienen. Die SPD setzt sich außerdem für eine europäische Ratingagentur ein. Sie bei der Bewertung der finanziellen Bonität von Staaten ein Gegengewicht zu den privaten Rating-Agenturen schaffen.

Steinmeier sagte vor der Presse, der Fiskalpakt werde nicht am 25. Mai verabschiedet. Am Ende habe auch die Bundesregierung einsehen müssen, dass der Zeitplan völlig unrealistisch gewesen sei. "Ein Zeitplan ist weg, im Augenblick gibt es keinen neuen", sagte Steinmeier. Es sei "sehr anspruchsvoll", davon auszugehen, dass Fiskalpakt und der dauerhafte Euro-Rettungsschirm ESM noch vor der Sommerpause abschließend beraten werden sollten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende konzidierte, dass ein deutsches Nein zum Fiskalpakt Einfluss auf die Finanzmärkte hätte - sich diese Frage aber gar nicht stelle: "Wir sind längst einen Schritt weiter, denn Frau Merkel hat ja akzeptieren müssen, dass es Ergänzungen braucht zum reinen Sparen. Das wird ja kommen", so Steinmeier. Die SPD-Bundestagsfraktion habe zudem stets ihre europapolitische Verantwortung gezeigt.

Merkels Haltung kaum noch zu ertragen

Er ergänzte: "Die Sozialdemokratie ist eine Partei, die auch Verantwortung in der Opposition trägt, weil sie sich darauf vorbereitet, zu regieren". Deshalb könne eine Partei wie die SPD sich nicht die Haltung leisten, "dass wir aus rituellem Oppositionsreflex gegen Europa sind". Steinmeier: "Wir haben eigenverantwortlich zu entscheiden, wie wir uns gegenüber einer Verabredung auf der europäischen Ebene oder Vorschlägen der Bundesregierung verhalten". Beim Fiskalpakt hänge die Positionierung von Verhandlungen mit der Regierungskoalition ab, die in den nächsten zwei Wochen anstehen. "Ergebnisse dieser Verhandlungen haben wir dann zu bewerten, und dann werden wir unser Abstimmungsverhalten festlegen." Die Regierung braucht zur Ratifizierung des Fiskalpaktgesetzes Zwei-Drittel-Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat. Damit ist sie auf Stimmen aus der SPD und von den Grünen angewiesen.

Was kaum noch zu ertragen sei, erklärte Steinmeier, sei die Haltung Angela Merkels, ständig im In- und Ausland Ratschläge zu erteilen, die nicht einmal den eigenen Erfahrungen entsprächen.

Mit Blick auf Griechenland stellte Steinmeier fest, dass es nun gelte, die nötigen Einsparungen für die Menschen sozial abzufedern. Die griechischen Probleme gingen auch die Deutschen etwas an, das gehöre nicht zuletzt zur europäischen Tradition.

Die Troika signalisierte Sympathien für die Vorschläge des luxemburgischen Regierungschefs Jean-Claude Juncker, angesichts der ungewissen Regierungsbildung in Griechenland die Zeitachse für die Griechen etwas zu vergrößern.

Das vollständige Papier kannst du auf www.spdfraktion.de herunterladen.

RECHTSPOLITIK

Kreativpakt statt Kulturkampf

Der Streit um das Urheberrecht im Internet spitzt sich zu. Die Sprache wird unversöhnlicher, und der Streit wird militanter. Der Kulturkampf aber führt in die Sackgasse. Er verkennt, dass Urheber, Nutzer und Verwerter in einer symbiotischen Beziehung zueinander stehen. Sie alle wollen und nutzen kulturelle und kreative Inhalte. Die vielfältigen Interessen müssen in Einklang und zu einem fairen Ausgleich gebracht werden. Das kann nur im Dialog geschehen. Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet darum an einem so genannten Kreativpakt, der die Freiheit der Kommunikation im Netz und die Rechte derer, die von kreativer Arbeit leben, gleichermaßen schützt. Wir brauchen nutzerfreundliche Geschäftsmodelle, die den leichten Zugang legalisieren statt Nutzer zu kriminalisieren. Kreative gegenüber den Verwertern stärken, ist das Motto.

Die SPD tritt für die Interessen der Urheber und Kreativschaffenden ein. Viele von ihnen wollen und müssen von ihrer kreativen und künstlerischen Arbeit leben. Sie sind darauf angewiesen, dass ihre Rechte am geistigen Eigentum auch in der digitalen Welt durchgesetzt werden, ohne die Freiheit des Netzes durch Kontrolle einzuschränken.

Der Arbeitskreis Urheberrecht und das Zukunftsprojekt „Kreativpakt“ der SPD-Bundestagsfraktion entwickeln Vorschläge, wie das Urheberrecht fair und zeitgemäß gestaltet werden kann.

Die Prämissen:

- Urheber und Kreative stärken und angemessen vergüten.
- Nutzer nicht unverhältnismäßig kriminalisieren.
- Einfache Geschäftsmodelle unterstützen, die die eine legale Nutzung geschützter Inhalte, verbunden mit einer angemessenen Vergütung, ermöglichen.

Warum ist das Thema so kompliziert?

Das Urheberrecht basiert auf der Idee des Rechts vom geistigen Eigentum, etwa in den Bereichen Literatur, Wissenschaft und Kunst. Die Digitalisierung verschafft dem Thema Urheberrecht eine völlig neue räumliche und wirtschaftliche Dimension. Das Internet hat enorme Auswirkungen auf den Tausch immaterieller Güter. Digitale Inhalte lassen sich technisch jederzeit und überall verfügbar machen und mit geringem Aufwand ohne Qualitätsverlust unendlich oft reproduzieren. Das Urheberrecht durch die neuen technischen Möglichkeiten erheblich unter Druck. Das Recht am geistigen Eigentum und dessen Durchsetzung muss dabei mit anderen Grundrechten (Recht auf Informationsfreiheit, Recht auf informationelle Selbstbestimmung etc.) abgewogen werden.

Chancen und Risiken

Um diese Chancen tatsächlich nutzen zu können, müssen die Rahmenbedingungen verbessert und das Urheberrecht angepasst werden, um die Verbreitung und die Nutzung kreativer und kultureller Inhalte zu befördern. Vor allem geht es um das Recht der Verwertung. Hier liegen die Risiken: Zum einen empfinden viele Nutzer ein Sichverschaffen und Vervielfältigen digitaler Werke als nicht sozialschädlich, da digitale Inhalte beliebig reproduzierbar sind. Zum anderen

gibt es die Kritiker des Urheberrechts, die das geistige Werk als Gemeingut betrachten und im Vorgang des Vervielfältigens keinen Verstoß gegen das Recht des Urhebers an seinem Werk sehen. Gleichwohl müssen die Kultur- und Kreativschaffenden vor der digitalen Prekarisierung ihrer Arbeit durch faktische Enteignung geschützt werden.

In der aktuellen Debatte wird völlig zu Unrecht ein Gegeneinander zwischen den Urhebern und Kreativen auf der einen und den Nutzern auf der anderen Seite heraufbeschworen. Zugleich werden die Verwerter, als „Content-Mafia“ diffamiert, von denjenigen angegriffen, die die Rolle und Bedeutung der Verwerter in der Vermittlung und Aufbereitung von kreativen und kulturellen Inhalten für die Nutzung entweder nicht verstanden haben oder bewusst ignorieren. Ohne die Verwerter, zu denen Verlage, Plattenfirmen und Verwertungsgesellschaften zu zählen sind, wäre es vielen Urhebern nicht möglich, ihr geistiges Schaffen entsprechend zu vermitteln, zu vermarkten und dafür eine Vergütung zu erlösen. Die Verwerter nehmen eine „veredelnde“ Funktion wahr, indem sie Buchtexte redigieren, Newcomer-Bands promoten oder die Tantiemen für die öffentliche Aufführung des Werkes generieren, von der der Urheber sonst keine Kenntnis gehabt hätte.

Urheber, Nutzer und Verwerter stehen somit in einem Dreiecksverhältnis zueinander, das durch das Urheberrecht geregelt wird.

Es gilt nun folgender Handlungsbedarf:

- Es gibt noch zu wenig einfache und nutzerfreundliche Geschäftsmodelle, die die legale Nutzung geschützter Inhalte mit einer angemessenen Vergütung verbinden.
- Pauschale Vergütungsmodelle, die die nichtkommerzielle Weitergabe und Vervielfältigung von digitalen, urheberrechtlich geschützten Werken ermöglichen, sind zu prüfen.
- Das System der kollektiven Rechtswahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften muss weiterentwickelt werden.
- Die Durchsetzung von Rechten an geistigem Eigentum muss effektiver erfolgen, ohne jedoch in Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern einzugreifen und diese unverhältnismäßig zu beschränken.
- Abmahnungen als lukratives Geschäftsmodell einiger weniger Anwälte, die private Nutzer in den Ruin treiben können, müssen beschränkt werden.
- es muss Rechteinhabern besser als bisher möglich sein, urheberrechtsverletzende Inhalte von den Seiten eines Internetanbieters entfernen zu lassen.
- Auch wenn das von den Verlegern geforderte eigene Leistungsschutzrecht kritisch zu bewerten ist, müssen sie dabei unterstützt werden, die unautorisierte Verwendung ihrer Presseerzeugnisse durch Dritte (z. B. News-Aggregatoren wie Google News) effizient verfolgen zu können.
- Durch ein Zweitverwertungsrecht sollen wissenschaftliche Autoren gestärkt werden, das es ihnen ermöglicht, ihre Beiträge neben der Verlagspublikation z.B. auf den Seiten der Hochschule zugänglich zu machen.
- Die Digitalisierung von kulturellen Werken ist ein Baustein für den Erhalt und das Zugänglichmachen des kulturellen und wissenschaftlichen Erbes. Rechtsunsicherheit bei der Digitalisierung entsteht, wenn der Urheber bzw. seine Erben oder der Rechteinhaber nicht mehr auffindbar sind. Dafür müssen Regelungen gefunden werden, damit verwaiste oder vergriffene Bücher online zugänglich bleiben, die sonst aus dem kulturellen Bewusstsein zu verschwinden drohen.

Der Arbeitskreis Urheberrecht und das Zukunftsprojekt „Kreativpakt“ der SPD-Bundestagsfraktion arbeiten an tragfähigen Antworten auf die Frage, wie die Vergütung kreativer Inhalte im Internet praktikabel, gerecht und ohne Eingriff in andere Grundrechte aussehen kann. Dazu hat der Arbeitskreis ein Thesenpapier mit zwölf Thesen vorgestellt, das die Diskussion mit allen Beteiligten öffnen soll.

Das Thesenpapier kannst du auf www.spdfraktion.de herunterladen.

Rechtsschutz bei Bundestagswahlen verbessern

Gegen Entscheidungen der Wahlbehörden kann bisher bei den Wahlorganen der nächsten Stufe Beschwerde eingelegt werden. Bei Entscheidungen des Bundeswahlausschusses über die Parteieigenschaft ist das nicht möglich.

Mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf mit den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/9391) soll der Rechtsschutz im Bundestagswahlrecht verbessert werden. Vor der Wahl können Entscheidungen des Bundeswahlausschusses über die Parteieigenschaft vor dem Bundesverfassungsgericht angefochten werden. Nach der Wahl entscheiden Bundestag und Bundesverfassungsgericht über Rechtsverletzungen. Der Bundeswahlausschuss wird um zwei Richter des Bundesverwaltungsgerichts ergänzt. Die Landeswahlausschüsse erhalten zwei zusätzliche Richter des Oberverwaltungsgerichts. Jeder Wahlberechtigte kann allein Beschwerde führen.

Vereinigungen, die vom Bundeswahlausschuss nicht als Partei anerkannt werden, können bislang erst im Wahlprüfungsverfahren nach der Bundestagswahl Einspruch beim Bundestag einlegen. Der gemeinsame Gesetzentwurf sieht vor, dass diese Vereinigungen bereits vor der Wahl vor dem Bundesverfassungsgericht Beschwerde einlegen können, um ihren Status als wahlvorschlagsberechtigte Partei zu klären.

SPORT

Martin Gerster: Pyrotechnik muss im Stadion verboten bleiben

In den vergangenen Monaten ist die Gewalt im Deutschen Fußball weiter eskaliert. In den Blickpunkt gerieten dabei besonders Fanausschreitungen wie nach dem Abstiegsspiel vom FC Köln oder nach der Partie Karlsruhe und Kaiserslautern. Die Platzstürmung von Düsseldorf-Fans nach dem Relegationsspiel gegen Hertha BSC ist eines der treibenden Streitthemen in der Öffentlichkeit. Allzu oft werden Rufe nach schneller Repression durch den Staat laut, Verteufelungen der ultimativen Fans und andere populistische Forderungen. Dabei kommt es häufig zu Missverständnissen.

Im Interview mit spdfraktion.de nimmt Martin Gerster, sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, zu den Geschehnissen rund um den Fußball Stellung:

Nach den Fan-Eskalationen in den Fußballstadien wird der Ruf nach Konsequenzen laut. Was muss nun vonseiten der Politik getan werden, um die Sicherheit in den Stadien zu gewährleisten?

Zunächst sollte man zur Klarstellung ein wenig differenzieren: Auf dem Weg zum und vom Stadion ist die Landes- bzw. Bundespolizei zuständig für die Sicherheit. Im Stadion selbst hat zunächst der Verein bzw. der Veranstalter für die Sicherheit und Eingangskontrollen zu sorgen – natürlich immer in Absprache mit der Polizei, die ebenfalls im Stadion vor Ort ist. Dieses Zusammenspiel muss weiter verbessert und intensiviert werden.

Besonderes Augenmerk sollte auf das verbesserte Zusammenwirken der Sicherheitskräfte und Vereine mit den Fans und Fanprojekten gelegt werden. Der Dialog zwischen den

Sicherheitskräften und den Fans muss dringend ausgebaut werden, um Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen. Hier liegt noch viel Potenzial für Verbesserung.

Die Verbände wollen die Klubs an den Runden Tisch bitten, um einen Maßnahmenkatalog zu erstellen. Genügt das, oder sollte der Gesetzgeber in jedem Fall tätig werden? Welche Maßnahmen sollten die Klubs und Verbände nun treffen?

Die gesetzliche Grundlagen sind meines Erachtens ausreichend. Ich sehe eher Defizite in der Umsetzung – ohne hier Schuldzuweisungen an einzelne Beteiligte machen zu wollen.

Leider erfolgt nach Ausschreitungen bei Fußballspielen oft ein großer medialer Aufschrei, der dann ebenso schnell wieder verpufft. Es werden Verschärfungen und drastische Maßnahmen gefordert, die martialisch klingen und Null-Toleranz gegenüber Chaoten versprechen, in der Realität aber nicht durchsetzbar sind. Ein Beispiel ist der in letzter Zeit viel diskutierte Einsatz von Gesichtsscannern und/oder Körperscannern beim Betreten des Stadions – so Bundesinnenminister Friedrich (CSU) bzw. der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern Caffier (CDU). Das hört sich in der öffentlichen Diskussion zunächst gut an. Fragt man dann aber die Fachleute von Sicherheitskräften, Polizei und Stadionbetreibern, wird schnell klar, dass dies technisch gar nicht umsetzbar ist – von datenschutzrechtlichen Bedenken mal ganz abgesehen.

Ich denke, wir brauchen einen Mix aus Repression, Prävention und Kooperation. Wir müssen gegen gewalttätige Ausschreitungen deutlich Zeichen setzen, sei es durch Stadionverbote und/oder zügige strafrechtliche Sanktionierung. Gleichzeitig müssen wir weiter präventiv tätig werden und dazu die Kooperation mit den Vereinen, Fanprojekten und den Fangruppen (auch den Ultras) suchen. Das braucht Zeit, Geld und Geduld – aber das sollte es uns wert sein.

Stichwort Ultras. Was steckt hinter diesem neuen Typus von Fan?

Die Ultras sind entgegen landläufiger Meinung nicht die Nachfolger der Hooligans der 80er-Jahre. Zwar gab es immer wieder auch Meldungen über gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Ultragruppen und sogar Übergriffe von Ultras auf friedliche Fans und Familien (besonders negativ ist in letzter Zeit die Ultragruppe des 1.FC Köln, die Wilde Horde, aufgefallen). Man muss sich diesem neuen jugendkulturellen Phänomen aber differenziert annähern und nicht nur die negativen Auswüchse zur Kenntnis nehmen.

Zunächst geht es den Ultras um die ultimative und bedingungslose Unterstützung des eigenen Vereins. Diese jungen Menschen planen und erarbeiten teils wochenlang aufwendige Choreographien, um ihre Mannschaft im Stadion zu unterstützen. Dabei begleiten sie die Entwicklung der eigenen Mannschaft und der Liga insgesamt kritisch – man denke nur an die Aktion „Pro 15.30 Uhr“, die eine weitere Aufsplitterung der Anstoßzeiten verhindert hat. Vor allem aber haben viele Ultragruppen einen entscheidenden Anteil daran, dass Rechtsextremismus und Rassismus in unseren Stadien weiter zurückgedrängt werden.

Auf der anderen Seite muss man auch Grenzen aufzeigen. Dass beispielsweise Kölner Ultras in einer Disco einen Spieler von Bayer Leverkusen attackieren und die Nase brechen, nur weil er Spieler einer rivalisierenden Mannschaft ist – das ist ein Skandal, hat mit Fußball und Sport nicht zu tun und muss auch in den Ultraszenen geächtet werden.

Sollte Pyrotechnik verboten werden?

Pyrotechnik ist schon jetzt nach dem Versammlungsstätten-Gesetz und dem Sprengstoff-Gesetz verboten und muss auch verboten bleiben. Das Abbrennen von bis zu 2000°C heißen Fackeln inmitten von unbeteiligten Zuschauerinnen und Zuschauern ist eine große Gefahr. Man

kann von Glück sagen, dass es bisher zu keinen schweren Verletzungen gekommen ist. Die überwiegende Mehrheit der Fans will den Lieblingsverein anfeuern – ohne Bengalos.

Die Welt blickt zur Europameisterschaft auf die Ukraine. Sollte die Bundesregierung den Spielen dort fernbleiben? Werden Sie hinreisen?

Nein, ich werde nicht zur Europameisterschaft reisen – das hatte ich aber ohnehin nicht vor. Die Bundesregierung sollte sich gut überlegen, ob man den ukrainischen Machthabern eine Aufwertung zuteil werden lässt, in dem man sich mit ihnen auf die Tribüne setzt. Ich denke, unser Bundespräsident hat ein wichtiges und herausragendes Zeichen gesetzt, in dem er vor einigen Wochen seine Beteiligung an einem Treffen der Staatsoberhäupter in der Ukraine abgesagt hat.

Sollten Sportler sich öfter auch zu gesellschaftlichen Problematiken wie etwa der Ukraine oder eben den Fan-Krawallen äußern?

Sportlerinnen und Sportler können und sollen sich zu gesellschaftlichen Problemen äußern – wenn sie das möchten. Viel wichtiger finde ich, dass sich der organisierte Sport und die Sportverbände ihrer Verantwortung bewusst sind. Gerade bei den internationalen Verbänden liegt meiner Meinung nach einiges im Argen. So ist mir beispielsweise unerklärlich, wie der internationale Eishockeyverband die Weltmeisterschaft 2014 an Weißrussland vergeben konnte – eine menschenverachtende Diktatur, die durch solche Entscheidungen noch gestärkt wird. Hier müssen sich die Verbände auch ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellen.

Buch über Ultras in Deutschland

Martin Gerster hat gemeinsam mit Oliver Stegemann und Alexander Geisler für das Buch „Ultras im Abseits? Porträt einer verwegenen Fankultur“ einen ausführlichen Beitrag zum Thema „Ultras und Sportpolitik in Deutschland“ verfasst. Dort beleuchten die Autoren Missverständnisse im Umgang mit Ultras und anderen Fangruppierungen.

Der Essay schlüsselt insbesondere im Detail auf, welche Möglichkeiten die Politik überhaupt hat, im Spitzen- bzw. Breitensport tätig zu werden. Denn immerwieder werden Forderungen laut, die Bundesregierung oder der Deutsche Bundestag mögen diese oder jene Entscheidung treffen. Doch die Einflussmöglichkeiten sind gering. In Deutschland nämlich gilt die so genannte Autonomie des Sports. Sie legt fest, dass die Organisationen des Sports ihre Angelegenheiten unabhängig und eigenverantwortlich selbst regeln. Der Sport besitzt ein Selbstverwaltungsrecht. Diese Autonomie ist eine direkte Folge und Lehre aus der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die auch die Sportverbände gleichschaltete und ihrer menschenverachtenden Ideologie unterwarf.

Politik kann also Rahmenbedingungen setzen, koordinieren und moderieren, ansonsten aber haben Verbände wie der DFB weitreichende Selbstorganisationsrechte.

Mit Blick auf das weit vorherrschende „Feindbild“ Ultras fordern die Autoren um Martin Gerster:

- Das Feindbild „Fan“ auflösen. Fans weniger in Kategorisierungen wie normal, gewaltbereit und gewaltsuchend einordnen, sondern seitens der Polizei deutlicher die psychologische Dimension anerkennen und die wissenschaftliche Diskussionen in Konzepte miteinbauen.
- Das Feindbild „Polizei“ auflösen. Nicht nur durch Stadionbetreiber und Vereine, sondern auch durch die Fankurven muss eine Ächtung der menschenverachtenden Logik des „all cops are bastards“ stattfinden. Es kann auch nicht sein, dass Einzelne aus der Fankurve die Polizei provozieren und sich dann in der Kurve verstecken und um Unterstützung buhlen.

- Den Dialog mit den Fans suchen. Bei Runden Tischen müssen Fans stärker direkt miteinbezogen werden, sodass mit ihnen und nicht nur über sie gesprochen wird.
- Fanprojekte vor Ort stärken. Finanzierungsengpässe blockieren die lokale und kommunale Arbeit bei Fanprojekten. Denn hier können Verbesserungen am ehesten konkret erreicht werden. Die soziale Arbeit muss gestärkt werden.
- Es gilt, so schreiben die Autoren, vertrauensbildende Maßnahmen zu verstärken. Statt öffentlicher Aufregung „ist ein ruhiger Blick auf die Entwicklungen innerhalb der Fanszenen notwendig, der die positiven Aspekte des Fantums wertschätzt und gleichzeitig die Bereitschaft weckt, Defizite und Exzesse klar zu benennen und anzugehen“.

ARBEIT

SPD legt Maßnahmenkatalog gegen Fachkräftemangel vor

Den wachsenden Bedarf an Fachkräften zu sichern, wird zur zentralen ökonomischen und sozialen Frage des nächsten Jahrzehnts. Die schwarz-gelbe Bundesregierung unterschätzt die Bedeutung dieses Themas. Dabei liegen die Antworten auf der Hand: Investitionen in Bildungschancen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Weiterbildung und mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Der demografische Wandel in Deutschland führt dazu, dass die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter sinkt. Diese Entwicklung kann in den nächsten Jahren zu einem empfindlichen Mangel an Fachkräften führen – und zwar paradoxerweise trotz weiterhin hoher Langzeitarbeitslosigkeit.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Diese Entwicklung ist nicht alternativlos. Unsere Gesellschaft hat viele Potenziale. Aber sie müssen gehoben werden – durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik, Arbeitsvermittlung, Wirtschaft und Gewerkschaften. Die Maßnahmen, die dafür notwendig sind, haben die Sozialdemokraten jetzt in einem Fachkräftesicherungskonzept zusammengefasst und in einem Antrag dem Bundestag vorgelegt (Drs. 17/9725).

Die Alternative: Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung – oder qualifizierte Fachkräfte?

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hubertus Heil machte am Donnerstag im Bundestag deutlich, vor welchen Alternativen unser Land steht: „Entweder wir lassen zu, dass sich der Arbeitsmarkt immer mehr spaltet – auf der einen Seite viele Unternehmen, die händeringend nach qualifizierten Fachkräften suchen, auf der anderen Seite viele Menschen, die in dauerhafter Langzeitarbeitslosigkeit oder prekärer Beschäftigung abgehängt sind.“ Oder aber, so Heil, unsere Gesellschaft begreift den demografischen Wandel als Chance dafür, sozialen Aufstieg wieder möglich zu machen und alle Menschen in gute Arbeit und Vollbeschäftigung zu bringen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar, was zu tun ist: Um dem drohenden Fachkräftemangel vorzubeugen, müssen Jugendliche besser ausgebildet werden, Frauen die Möglichkeit haben, höherwertig und vermehrt in Vollzeit zu arbeiten, Ältere bessere Chancen bekommen und Geringqualifizierte weitergebildet werden. Bis 2025 lassen sich aus diesen Bereichen bis zu 5,2 Millionen zusätzliche Fachkräfte mobilisieren.

Investitionen in Bildungs- und Erwerbschancen statt Fernhalteprämie

Um das aber tatsächlich zu erreichen, ist politisches Handeln gefragt: In ihrem Fachkräftesicherungskonzept fassen die Sozialdemokraten daher konkrete Handlungsansätze in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Familien- und Gleichstellungspolitik sowie Zuwanderung zusammen.

Ein Schlüssel dabei: Mehr ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote. Investitionen in Kitas und Ganztagschulen schaffen doppelte Chancen: für den Bildungserfolg von Kindern genauso wie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern und damit auch für die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben.

Und was macht die Bundesregierung? Sie kürzt nicht nur die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Förderung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen, sondern verschleudert Milliarden für ein unsinniges Betreuungsgeld. Statt in die Bildungsinfrastruktur zu investieren, gibt die Koalition Geld dafür aus, Kinder von frühkindlicher Bildung und Frauen vom Beruf fern zu halten. Schwarz-Gelb vertieft die Spaltung am Arbeitsmarkt, statt einen Beitrag zur Überwindung dieser Spaltung und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs zu leisten.

Gesellschaftliche Fragen bündeln sich wie in einem Brennglas

Es sind die zentralen Fragen unserer Zeit, die sich im Thema Fachkräfte bündeln, sagte Hubertus Heil in der Debatte im Bundestag: Ob wir wirtschaftlich erfolgreich bleiben, ob wir Vollbeschäftigung erreichen, ob gleiche Bildungschancen möglich sind, ob Gleichstellung verwirklicht wird, ob wir eine weltoffene Gesellschaft bleiben – „all diese Fragen bündeln sich beim Thema Fachkräftemangel wie in einem Brennglas“. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, die Weichen in die Zukunft richtig zu stellen.

INFRASTRUKTUR

Öffentliche Private Partnerschaften (ÖPP) weiterentwickeln

Bei Öffentlichen Privaten Partnerschaften (ÖPP) werden Bau, Instandsetzung und Betrieb von Infrastruktur an private Investoren vergeben. Seit 2002 sind in Deutschland 161 ÖPP-Projekte im Hochbau mit einem Volumen von 4,7 Milliarden Euro und 15 ÖPP-Projekte im Tiefbau mit einem Volumen von 2,4 Milliarden Euro realisiert worden. Dazu gehören Projekte im Bereich von Bundesautobahnen, Landes- und kommunalen Straßen. Drei Viertel der ÖPP-Projekte im Hochbau werden von Kommunen realisiert. Vor allem im Bereich der Schulen, Kindergärten, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Verwaltungsgebäuden wird das ÖPP-Modell erfolgreich genutzt.

Bei ÖPP handelt es sich nicht um die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, sondern die Projekte werden im Auftrag der öffentlichen Hand und ihrer Verantwortung von privaten Unternehmen über einen längerfristigen Zeitraum durchgeführt.

In den letzten Monaten sind ÖPP-Projekte in die Kritik geraten. Auch Bundesrechnungshof und Landesrechnungshöfe äußern sich zunehmend kritischer. Doch es gibt auch positive Erfahrungen vor allem in den Kommunen. Vor und Nachteile der unterschiedlichen Beschaffungsvarianten der öffentlichen Hand liegen dicht beieinander.

SPD sieht Reformbedarf bei ÖPP

Auch die SPD-Fraktion hat sich in der Vergangenheit für ÖPP ausgesprochen. Die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sehen aber im Gegensatz zur Regierung

Reformbedarf, vor allem hinsichtlich der Entscheidungsgrundlagen, der Transparenz, der Rahmenbedingungen und der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen. Sie sehen es auch für erforderlich an, einen konstruktiven Dialog zwischen Befürwortern und Gegnern des Modells zu führen. Die SPD-Fraktion führt diesen Dialog im Rahmen ihres Projekts für einen Infrastrukturkonsens.

Die Verantwortung der politischen Entscheidungsträger bei ÖPP-Projekten ist enorm und erfordert viel Wissen und Kompetenz. Dort wo eine ÖPP-basierte Beschaffung sinnvoll und machbar ist, sollte sie genutzt werden. Im IT- oder medizinischen Bereich ist sie aufgrund der schnellen technologischen Entwicklung nicht sinnvoll. Doch auch im Bau- und Verkehrsbereich gilt: ÖPP ermöglicht kein Bauen ohne Geld, und es beseitigt keine finanziellen Engpässe im Bund und in den Kommunen.

Vollständige Transparenz als Voraussetzung für ÖPP

Zentrale Voraussetzung für die Weiterentwicklung von ÖPP in Deutschland und ihre Akzeptanz ist für die SPD eine vollständige Transparenz nach außen, z. B. durch den Zugang zu den Verträgen vor ihrer Unterzeichnung. Auch die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen müssen öffentlich einsehbar sein, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Ebenso müssen klare Kriterien definiert werden, wann eine Beschaffung durch die öffentliche Hand im Rahmen von langfristigen Verträgen mit Unternehmen sinnvoll ist.

Klare Regelungen für ÖPP definieren

Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag (Drs. 17/9726) die Bundesregierung auf, einen Bericht über den Stand der Entwicklungen von ÖPP vorzulegen und ein Konzept zu entwickeln. In der Bundeshaushaltsordnung soll klar geregelt werden, in welchen Fällen der private Sektor bei der Beschaffung der öffentlichen Hand eingebunden werden soll. Die Verträge über ÖPP sollen standardisiert und formalisiert werden. Bei Nichterfüllung von Verträgen braucht die öffentliche Hand mehr Durchgriffsrechte. Zudem sollen die Methoden der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen überprüft werden. Sie sollen sich künftig auf harte und nachvollziehbare Fakten stützen. Vergleiche zwischen der konventionellen Beschaffung und ÖPP sollen plausibel und empirisch nachvollziehbar sein. Außerdem sollen auch kleine und mittelständische Unternehmen bei ÖPP-Projekten berücksichtigt werden.

AUSSEN

Transatlantische Partnerschaft stärken

Die transatlantische Zusammenarbeit war und ist sowohl für Europa als auch für Nordamerika von existenzieller Bedeutung.

Amerikaner und auch Kanadier haben in den Jahren nach 1945 mit einem umfassenden Mittelansatz beim Wiederaufbau des verwüsteten Kontinents geholfen. Ihre über das Kriegsende hinweg fortdauernde militärische Präsenz hat Westeuropa vor dem Zugriff der Sowjetunion gesichert. Deutschland, genauer der westliche Teil des geteilten Landes, wandelte sich in den Nachkriegsjahren vom Feind zum Partner. Die Bundesrepublik entwickelte sich mit amerikanischer Hilfe zum Erfolgsmodell eines politischdemokratischen Neuanfangs und wirtschaftlichen Wiederaufstiegs.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind noch immer die Führungsmacht der NATO. Ihre militärische Präsenz in Europa hat sich jedoch verändert, und zwar aus zwei Gründen:

- Die europäischen NATO-Länder sollen mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen, Stichwort Lastenteilung.

- Die USA bleiben in Europa mit reduzierten militärischen Kräften präsent, orientieren sich aber stärker auf die Krisenregion Mittlerer Osten, auf Zentralasien und den pazifischen Raum.

Das kann dazu führen, dass die NATO an Bedeutung verliert. Umso wichtiger ist es, die politischen und fairen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den atlantischen Partnern in besonderer Weise zu pflegen. Das fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag „Für eine Neubelebung und Stärkung der transatlantischen Beziehungen“ (Drs. 17/9728), der am 24. Mai in 1. Lesung im Bundestag beraten wurde.

Die Bundesregierung soll demnach

- zusammen mit den europäischen Partnern einen neuen und kraftvollen Impuls für eine dringend notwendige Stärkung der transatlantischen Partnerschaft insbesondere im politischen und wirtschaftlichen Bereich entwickeln;
- die jüngste Initiative der US-Administration zur Neubelebung und Stärkung der transatlantischen Beziehungen positiv beantworten;
- zusammen mit den europäischen Partnern und den USA neue Impulse zur Gestaltung der gesamteuropäischen Sicherheit entwickeln;
- Sie soll insbesondere neue Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle voranbringen, um der von US-Präsident Obama als Ziel deklarierten atomwaffenfreie Welt Schritt für Schritt näher zu kommen.

Insgesamt sind in Politik und Wirtschaft neue Impulse vonnöten, ebenso wie bei Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle. Eine transatlantische Freihandelszone sollte erörtert werden. Die politische Zusammenarbeit – auch mit Blick auf die Umbrüche in der arabischen Welt – muss auf allen Ebenen intensiviert werden.

Myanmar auf dem Weg zur Demokratie unterstützen

Die neue Regierung Myanmars hat mit ihrer Amtsübernahme im März 2011 eine Vielzahl von Reformen eingeleitet und die Hoffnung geweckt, dass die seit fast fünfzig Jahren andauernde Militärdiktatur in dem südostasiatischen Land überwunden werden kann.

Wesentliche Elemente dieses Reformprozesses waren und sind die Freilassung politischer Gefangener, die Wiederaufnahme des Dialoges mit der Friedensnobelpreisträgerin und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, Fortschritte im Friedensprozess mit den ethnischen Minderheiten sowie die begonnene Liberalisierung etlicher gesellschaftspolitischer und sozioökonomischer Bereiche. Der begonnene Reformprozess wird von der internationalen Gemeinschaft unterstützt und nährt in nicht unerheblichem Maße einen weiterhin noch fragilen Demokratisierungsprozess.

Deutschland und Europa sollten alle Schritte unterstützen, die die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen für die Menschen in Myanmar spürbar und nachhaltig verbessern. Die deutliche und vor allem auch nachhaltige Verbesserung der Menschenrechtslage, die Stärkung der Frauenrechte und Fortschritte bei der Geschlechtergleichstellung müssen dabei wesentliche und zu priorisierende Ziele sein. Hier sind trotz des teilweise beeindruckenden Tempos noch weitere Schritte notwendig.

Ethnische Konflikte beseitigen

Myanmar ist trotz reicher natürlicher Ressourcen ein armes Land. Bei der weiteren internationalen Zusammenarbeit muss sichergestellt werden, dass die Einnahmen aus den Rohstoffvorkommen nicht alleine den Industrie- und Schwellenländern zugute kommen, sondern als Grundlage für ein eigenes nachhaltiges und breitenwirksames wirtschaftliches Wachstum in Myanmar selbst genutzt werden können.

Eine weitaus größere Herausforderung im Reformprozess stellt die Beilegung der seit Jahrzehnten andauernden ethnischen Konflikte dar. Die Friedensinitiative der Regierung zeigt zwar erste Erfolge, eine dauerhafte Befriedung der Konflikte wird jedoch beträchtliche Zeit brauchen. Entscheidend ist, dass die neue Regierung in den ethnischen Widerstandsgruppen nicht mehr nur ausschließlich ein Sicherheitsproblem sieht, sondern bereit ist die tieferliegenden Ursachen der Konflikte anzugehen.

Antrag der SPD-Fraktion

In ihrem Antrag „Myanmar auf dem Weg zur Demokratie begleiten und unterstützen“ (Drs. 17/9727), den die SPD-Fraktion am 24. Mai in den Bundestag eingebracht hat, fordert sie die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den EU-Partnern die Regierung, Verwaltung und Zivilgesellschaft Myanmars finanziell zu unterstützen. Dabei sollen vor allem auch die politischen Stiftungen helfen.

Die Bundesregierung soll mithelfen, ethnische und regionale Konflikte zu lösen und die Entfaltungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft zu erhöhen. Außerdem soll sie unterstützen bei der Weiterentwicklung der Verfassung und helfen, die Sperrminorität des Militärs, die darin verankert ist, zu beseitigen.

Sie soll schließlich die Regierung Myanmars auffordern, Vorwürfe der sexuellen Gewalt durch die Streitkräfte Myanmars strafrechtlich zu verfolgen und den Einsatz von Kindersoldaten unverzüglich einzustellen.

Alle politischen Kräfte – sowohl in Myanmar als auch in der internationalen Staatengemeinschaft – sind daher gefordert, den Reformprozess weiter zu unterstützen.

TOURISMUS

Initiativen gegen Rechts in der Gastwirtschaft stärken

Nicht selten werden Gastwirte überrascht, dass rechtsextreme Gäste ihre Lokalitäten anmieten und für ihre Zwecke missbrauchen. Immer mehr der Gastwirte in ganz Deutschland wehren sich zunehmend gegen Rechtsextremisten in ihren Räumen, sind aber auch oftmals überfordert. Im Kampf gegen Rechts brauchen sie daher mehr Unterstützung. So fordert es die SPD in einem Antrag.

Immer wieder kommt es in Gastwirtschaften in Deutschland zu Übergriffen von Neonazis auf Gäste oder Personal. Immer mehr Gastwirte schließen sich daher zusammen und verwehren unter dem Motto „Keine Bedienung für Neonazis“ Rechtsextremisten und rechten Gruppierungen Zutritt zu ihren Räumlichkeiten.

Überforderte Gastwirte nicht alleine lassen

Hinzu kommt: Rechtsextremisten oder rechtsextremistische Gruppierungen mieten Veranstaltungsorte und Räumlichkeiten für die Verbreitung ihrer Ideologie oder Rekrutierung neuer Anhänger. Nicht selten unter falschen Angaben: So werden nur auf den ersten Blick

harmlose private Geburtstagsfeiern, Sommer- oder Weihnachtsfeste angemeldet. Viele Gastwirte sind dann überrascht, wenn sie sehen, was und wer tatsächlich hinter den Veranstaltungen steckt. Eine Situation, die viele überfordert. Es herrschen Unkenntnis und Unwissenheit darüber, wie man rechte Veranstaltungen in den eigenen Räumen, abseits der Anwendung des eigenen Hausrechts, verhindern kann. Einzelne Initiativen der betroffenen Branche haben bereits Ratgeber veröffentlicht – sie brauchen aber noch mehr Unterstützung im Kampf gegen Rechts.

Breite Unterstützung beim Kampf gegen Rechts

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Antrag „Mehr Unterstützung für Initiativen gegen Rechts in der Gastwirtschaft“ (Drs. 9577) die Bundesregierung auf, solche Initiativen von Gastwirten gegen Rechtsextremismus bekannt zu machen und diese besser zu unterstützen. Sie sollen dafür im Rahmen der Bundesprogramme „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ verstärkt gefördert werden. Wichtig ist, dass alle Akteure in einen kontinuierlichen Dialog treten. Deshalb fordert die Fraktion, dass an einem Runden Tisch weitere Handlungsschritte mit Vertretern des Bundes, der Länder und Kommunen, der Gewerkschaften, der Branchenverbände und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie betroffenen Gastwirten erörtert werden. Es bedarf breit aufgestellter Maßnahmen, um den Neonazis keinen Spielraum für die Verbreitung ihrer Ideologie zu geben.

Tourismus in ländlichen Räumen stärken

Tourismus findet nicht nur am Meer oder in Großstädten statt. Immer mehr Menschen suchen die naturnahe Erholung: Bauernhof- oder Landurlaube sind gerade für Menschen aus Ballungsräumen und Großstädten eine attraktive Alternative. Für Familien mit Kindern oder preisbewusste Touristen ist der Urlaub auf dem Land eine bevorzugte Urlaubsform geworden. Gründe genug, den Tourismus im ländlichen Raum zu stärken. So fordert es jetzt die SPD.

In ländlichen Räumen ist der Tourismus ein zentrales Zukunftsthema. Er ist ein wichtiges Standbein der wirtschaftlichen Entwicklung. Gerade für strukturschwache Regionen birgt der Tourismus enorme Entwicklungspotenziale. Denn geprägt wird er hier in erster Linie durch Familienbetriebe und kleine Unternehmen, die ihren Kunden vielfältige Angebote machen: vom klassischen Urlaub auf dem Bauernhof über Obst- und Winzerhöfe bis hin zu Sport- oder Wellnessangeboten. Immer mehr Deutsche interessieren sich für diese Urlaubsform. Damit die vorhandenen Nachfragepotenziale künftig auch ausgeschöpft werden können, ist es umso wichtiger, dass der Bauernhof- und Landtourismus weiter gestärkt wird.

Tourismus als wichtigen Wirtschaftsmotor begreifen

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert daher, dass der Tourismus durch ein schlüssiges Gesamtkonzept gestärkt wird. In ihrem Antrag (Drs. 17/9571) fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, endlich ein solches Konzept vorzulegen, das der wirtschafts-, gesellschafts-, sozialpolitischen und ökologischen Dimension im ländlichen Raum gerecht wird. Bereits in diesem Frühjahr hatte die Bundesregierung eine Initiative gestartet, in der sie Best-Practice-Beispiele aus dem ländlichen Tourismus sammelt und analysiert. Diese Initiative ist aus Sicht der SPD-Fraktion aber ungenügend.

Ländlicher Tourismus muss vielmehr Teil eines Gesamtkonzepts für die Entwicklung ländlicher Räume sein. Neben der Forderung nach einem solchen Konzept finden sich in dem Antrag der SPD unter anderem auch Forderungen nach einer kontinuierlichen Datenerhebung, nach länderübergreifenden Strukturen zur Koordinierung von Akteuren, Projekten und Marketing sowie einheitliche Qualitätssiegel. Zusätzlich wird gefordert, den Tourismus in ländlichen Räumen in den Förderprogrammen des Bundes und der Länder zu verankern.

ATOMPOLITIK

Keine Hermesbürgschaft für den Bau des AKW Angra 3 in Brasilien

Die Bundesregierung will mit Steuergeldern eine Hermesbürgschaft von mehr als 1,3 Milliarden Euro für den Bau des umstrittenen brasilianischen Atomkraftwerks (AKW) Angra 3 vergeben. Bereits Anfang 2010 erteilte der innerhalb der Bundesregierung zuständige Interministerielle Ausschuss eine grundsätzliche Zusage für die Bürgschaft. Sie wurde damit begründet, dass die deutsche Siemens AG am Kraftwerkserbauer AREVA NP GmbH beteiligt ist.

Doch seit März 2011 hat Siemens seine Beteiligung aufgegeben. Damit ist die Begründung für die Bürgschaft hinfällig. Zudem konterkariert sie den 2011 mit breiter parlamentarischer Mehrheit beschlossenen Atomausstieg. Dazu kommt, dass der Standort für das geplante AKW ähnliche Risiken wie in Fukushima birgt. Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung in einem Antrag (Drs. 17/9578) auf, die Zusage der Hermesbürgschaft für den Bau von Angra 3 zurückzuziehen.

Bundesregierung könnte vor der Sommerpause die Bürgschaft übernehmen

Die grundsätzliche Zusage lief nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima im Juli 2011 aus. Weil der Haushaltsausschuss eine Neubewertung verlangte. Eine Verlängerung erfolgte mit der Auslage, dass der Kraftwerksbauer ein Gutachten zu Angra 3 und zur Situation in Brasilien vorlegen sollte. Dabei sollte speziell auf Probleme wie Erdbeben, Erdbeben, Hochwasser, Notfallstromversorgung und Evakuierungspläne eingegangen werden. Die grundsätzliche Zusage der Bürgschaft wurde im März 2012 erneut für sechs Monate verlängert. Die Lieferverträge sind unterzeichnet. Das geforderte Gutachten des Instituts für Sicherheitstechnologie (ISTec) zu den Risiken liegt der Bundesregierung vor, die es derzeit prüft. Im Anschluss könnte die Bundesregierung die Hermesbürgschaft für Angra 3 übernehmen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hält eine Hermesbürgschaft für einen Neubau eines Atomkraftwerks für unverantwortlich. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte mit Beginn der 17. Wahlperiode die seit 2001 geltenden und von Rot-Grün eingeführten Hermes-Umweltleitlinien außer Kraft gesetzt. Damit wurde die Exportförderung von Atomtechnologien wieder möglich. Außerdem bewertet es die SPD-Fraktion als inkonsequent, wenn nach dem erneut beschlossenen Atomausstieg von 2011 der Export von Atomtechnologie unterstützt wird. Dies müsse umgehend gestoppt werden.

Bundesregierung ignoriert unabhängige Gutachten

Unabhängige Gutachten zu den Risiken von Angra 3, die von Urgewalt und Greenpeace beauftragt wurden, kommen zu dem Ergebnis, dass der Standort aus geologischen, geografischen, technischen und sicherheitspolitischen Gründen ungeeignet ist. Das Gebiet zeichne sich durch instabile Böden und Erdbebengefahr aus. Angra 3 liege zudem am Meer und in Nachbarschaft einer Großstadt mit 170.000 Einwohnern. Die verwendete Sicherheitstechnik sei veraltet. Doch die Bundesregierung ist nicht bereit, diese Gutachten in die Bewertung mit einzubeziehen.

Auch in Brasilien gibt es Widerstände gegen den AKW-Bau. So hat die brasilianische Anwaltskammer versucht, einen Baustopp zu erwirken. Die deutsche Bürgschaft von 1,3 Milliarden Euro ist entscheidend für die Finanzierung von Angra 3, und noch ist die Gesamtfinanzierung von 4,5 Milliarden Euro nicht geklärt. Dies und die ungeklärte Rechtslage erhöhen die Risiken des Projekts, denn die deutschen Steuerzahler müssten für die Kosten eines gescheiterten Atomprojekts aufkommen.

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, für Angra 3 keine Hermensbürgschaft zu gewähren und die Zusage zurückzuziehen. Außerdem sollen ab sofort keine Bürgschaften für Atomtechnologien mehr gegeben werden, und die Regierung solle zu den Hermes-Umweltleitlinien von 2001 zurückkehren. Die Atomverträge mit Brasilien und Argentinien sollen durch eine Kooperation für erneuerbare Energien und Energieeffizienz ersetzt werden.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>